



# Nach dem Irakkrieg 2003: Ankaras Versuch einer Schadensbegrenzung nach der Krise mit Washington

Die türkische Regierung bemüht sich redlich um eine Revitalisierung  
der strategischen Partnerschaft mit den USA

Von Özlem Yeşilkaya  
[ozlem.yesilkaya@kfibs.org](mailto:ozlem.yesilkaya@kfibs.org)

Ausgabe  
2/05

\* \* \*

Am 8. Juni 2005 hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan den US-Präsidenten George W. Bush in Washington getroffen. Dies war zugleich der dritte offizielle Besuch Erdoğan in der amerikanischen Hauptstadt – und somit auch ein offensichtlicher türkischer Versuch einer Schadensbegrenzung nach der Beziehungskrise mit den USA im Zuge des Irakkrieges 2003. Auch wenn in der Türkei derzeit der Antiamerikanismus in der Bevölkerung zusehends Auftrieb erhalten hat, und man der amerikanischen Vorgehensweise im Irak bzw. Nordirak noch immer misstrauisch gegenübersteht, ist die Revitalisierung der strategischen Partnerschaft, die für beide Seiten gleichermaßen von Nutzen ist, eine außenpolitische Priorität. Genauso ist – trotz der noch immer vorhandenen Verstimmung wegen der Verweigerung der Eröffnung einer Nordfront im türkischen Südosten im letzten Irakkrieg – die strategische Verbindung Washingtons zu Ankara sowie dessen derzeitiges intensives Engagement in der Region des so genannten *Greater/Broader Middle East* nicht bloß von symbolischer Bedeutung. Doch was war passiert? Ein kurzer Rückblick auf die Vorgänge der Jahre 2002 und 2003 sei an dieser Stelle gestattet.

### **Verlorener außenpolitischer „Trumpf“ der Türkei**

Nach den terroristischen Anschlägen auf das *World Trade Center* am 11. September 2001 und dem darauf folgenden Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan zeichnete sich alsbald die zweite Phase des US-Kampfes gegen den internationalen Terrorismus ab. Diese bezog neben der Bekämpfung von Terroristen und terroristischen Organisationen auch feindliche Regime, die letztere unterstützen und/oder selbst am unerlaubten Erwerb von Massenvernichtungswaffen arbeiten, mit ein.

Die Türkei sieht sich als potenzielles Ziel irakischer (und eines Tages gar iranischer) Waffen von einer derartigen Bedrohung keineswegs ausgeschlossen: Zum einen als Mitglied der NATO und enger Verbündeter der USA, zum anderen aufgrund ihrer geostrategischen Lage.

Nichtsdestotrotz engagierte sich die türkische Regierung unter Führung von Erdoğan bis zum Schluss für eine nichtmilitärische Lösung der Irakfrage und stand damit der deutsch-

französischen Position recht nahe. So setzte sich Ankara bis zuletzt für eine durch Abschreckung und internationalen Druck herbeigeführte Lösung des Konflikts ein, wohl wissend, dass eine militärische Lösung zu jenem Zeitpunkt bereits viel wahrscheinlicher war. Die Aussichten einer politischen Nachkriegssituation, in der die „Stabilität und territoriale Integrität der benachbarten Länder, aber in erster Linie des Iraks selbst“, durch die Gefahr einer „Abtrennung im Norden der irakischen Kurden an der türkischen Südgrenze und im Süden eine[r] Abtrennung der irakischen Schiiten im Gebiet um Basrah mit einem Anschluss an Iran“<sup>1</sup> gekennzeichnet ist, beunruhigten die türkischen Entscheidungsträger am meisten. In der Risikoanalyse waren sich die religiös-konservative AKP-Regierung, die Staatseliten und die türkische Militärführung einig: Saddam Hussein und der von ihm erhaltene *Status quo* stell(t)en das kleinere Übel dar. Man hatte sich arrangiert mit dem Saddam-Regime und befürchtete, dass jeglicher Versuch einer Neuformierung der politischen Konstellation in Bagdad in einen Staatszerfall münden könnte, der sich schlimmstenfalls an ethnischen Trennlinien orientieren würde.

Dennoch sahen sich die türkischen Entscheidungsträger mit den aus ihrer strategischen Partnerschaft mit den USA abgeleiteten Abhängigkeiten und Zwängen nun unmittelbar konfrontiert. Unangenehm wurde die Situation insbesondere, als deutlich wurde, dass die USA keinesfalls eine türkische Minimal Kooperation erwarten würden, sondern – so stellte der damalige stellvertretende Verteidigungsminister und seit Juni 2005 als Präsident der Weltbank amtierende Paul Wolfowitz im Dezember 2002 die US-Forderungen – die Nutzung des gesamten türkischen Luftraums, die Erlaubnis zur Stationierung fremder (sprich: amerikanischer) Truppen auf türkischem Staatsgebiet und die uneingeschränkte Nutzung von Straßen und Eisenbahnen durch eben diese. Je mehr die Bush-Administration unter ihrem damaligen VN-Botschafter und seit April 2005 als Direktor aller US-Nachrichtendienste amtierenden John D. Negroponte im VN-Sicherheitsrat um die Stimmen der Mitglieder zur Verabschiedung einer Folgeresolution zur VN-Resolution 1441, die einen Angriff völkerrechtlich erleichtert hätte, *Lobbying* betrieb, desto massiver wurde der Druck auf die AKP-Regierung. Bereits im Januar 2003 wurden die für den Kriegsfall relevanten türkischen Basen, Häfen und andere Einrichtungen durch US-Personal besichtigt. Die Ergebnisse intensiver bilateraler Verhandlungen veranlassten das türkische Parlament – gegen die Stimmen der

---

<sup>1</sup> Rühl, Lothar, Perspektiven einer Offensive der USA gegen den Irak. Evaluation aus der Sicht türkischer Militärs, in: NZZ v. 24.05.2002, S. 9.

oppositionellen sozialdemokratischen CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*/Republikanische Volkspartei) –, den Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten durch US-Streitkräfte zuzustimmen. Doch die Erfüllung amerikanischer Forderungen war mit entsprechenden Gegenleistungen verbunden, die auf drei, für die Türkei höchst wichtigen Ebenen lagen – militärisch/wirtschaftlich/politisch: So sollte die Stationierung eines türkischen Truppenkontingents – mehrere zehntausend Soldaten umfassend, die den Strom der zu erwartenden Flüchtlingsmassen stoppen, aber taktisch noch bedeutsamer, durch ihre Präsenz die im Verlauf des Krieges mögliche Etablierung eines unabhängigen kurdischen Staates und eine Kontrolle der nordirakischen Ölfelder durch irakische Kurden verhindern sollten – sichergestellt werden. Die Erfüllung dieser Forderung hätte nicht nur durch den heftigen kurdischen Widerstand beider Parteien (PUK/Patriotische Union Kurdistans und KDP/Kurdische Demokratische Partei) im Nordirak erschwert werden können, für die dies einer Besetzung ihrer Gebiete gleichgekommen wäre und somit den Verlust ihrer Quasi-Staatlichkeit bedeutet hätte; sie wäre auch aus amerikanischer Sicht höchst problematisch gewesen. Denn die USA hätten sicherstellen müssen, dass ihre eigene Handlungsfähigkeit weder durch die Kurden noch durch eine zu starke türkische Präsenz, vor allem in der Frage der Regelung der Nachkriegsordnung, gefährdet wird. Der amerikanische Vorschlag, die türkischen Truppen unter das alliierte Kommando zu stellen (und somit unter amerikanischen Oberbefehl), wurde von Ankara entschieden abgelehnt.

Ankara wollte zudem eine Kompensation wirtschaftlicher Verluste garantiert wissen. Hierbei ging es nicht nur um direkte Finanzhilfen der USA, sondern auch um eine amerikanische Bürgschaft für weitere internationale Kredite in Milliardenhöhe. Die Zustimmung des US-Kongresses sollte, so die türkische Forderung, bereits vor Kriegsbeginn vorliegen. Auf dem Höhepunkt der Verhandlungen angelangt, und mit einem sich immer mehr verschließenden taktisch-militärischen „Zeitfenster“<sup>2</sup>, stimmte das türkische Parlament am 1. März 2003 schließlich gegen den Aufmarsch eines Korps von bis zu 50.000 US-Soldaten; die erforderliche Mehrheit von 270 Stimmen wurde mit 264 Stimmen für den Regierungsantrag damit knapp verfehlt. Die offensive Nordfront gegen den Raum Mossul–Kirkuk–Tikrit als Auf- und Durchmarschgebiet blieb der US-Militärplanung somit verschlossen.

---

<sup>2</sup> Rühl, Lothar, Wettlauf gegen die Zeit. Was bedeutet die türkische Verzögerung für die amerikanische Kriegsplanung, in: F.A.Z. v. 06.03.2003, S. 6.

## Folgen für die Partnerschaft mit den USA

Die parlamentarische Verweigerung der Eröffnung einer amerikanischen Nordfront, die, aus US-Perspektive, den Aufständischen im Irak wertvolle Zeit zur Aufstellung verschaffte, blieb nicht ohne Folgen für die türkisch-amerikanischen Beziehungen: Erst einmal dürfte Ankara bis auf weiteres seinen Status als „Vorzugsalliiierter“<sup>3</sup> der USA in der Region verloren haben. Dass Washington nun Griechenland zum wichtigsten Verbündeten auf dem Balkan sowie Afghanistan unter Präsident Ahmed Karzai zum strategischen Bündnispartner erklärt, sind deutliche Anzeichen dafür, dass die USA ihr Verbündetenspektrum zu streuen suchen, waren diese Positionen bis vor kurzem doch noch von Ankara besetzt. Zwar wird die Türkei auch weiterhin ein wichtiger regionaler US-Verbündeter bleiben, doch ist es nun wahrscheinlicher, dass „die amerikanische Führung künftig die Verfolgung ihrer regionalen Interessen ohne die automatische Einplanung des Faktors Türkei betreiben“ wird.<sup>4</sup>

Sollten die US-Bemühungen zur Aufstellung eines ihnen freundlich gesinnten Regimes im Irak erfolgreich sein, dann könnte damit eine generelle Abwertung der geostrategischen Rolle der Türkei einhergehen. Scheitert die Konsolidierung der politischen Nachkriegsordnung, dürfte der vermeintliche Wert der Türkei wieder etwas steigen. Jedoch ist eine anhaltende instabile Situation im Nachbarland auch aus türkischen Sicherheitserwägungen heraus nicht wünschenswert.

Auf dieselbe Art und Weise hat Ankara auch seinen politischen Einfluss in der Frage der Regelung der Nachkriegsordnung im Zweistromland verloren. Die Verlässlichkeit der Türkei als strategischer Verbündeter der USA wurde im entscheidenden Moment „verspielt“. Was das für die türkische Manövrierfähigkeit bedeutet, hat der Fall der nordirakischen Stadt Kirkuk gezeigt.

---

<sup>3</sup> Kramer, Heinz, Zur Gefolgschaft verdammt. Ankaras Irak-Dilemma, SWP-Aktuell 7, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (Februar) 2003, S. 3.

<sup>4</sup> Vgl. Kramer, Heinz, Die Türkei nach dem Irakkrieg. Außen- und innenpolitische Folgen, SWP-Arbeitspapier, Berlin (15. Juli) 2003.

## **Der Streitfall Kirkuk und die kurdische Autonomie**

Die Streitfrage um den Status der nordirakischen Stadt Kirkuk und das Drängen der irakischen Kurden, die unter Saddam Hussein im Zuge seiner Arabisierungspolitik kurdischer (und schiitischer) Gebiete in den 1970er und 1980er Jahren vertriebenen Kurden als registrierte Wähler an der Teilnahme zu den Wahlen zuzulassen, wurden in Ankara keinesfalls als innerirakische Angelegenheit aufgefasst. Eine Rückkehr der auf 300.000 bis 400.000 geschätzten kurdischen Vertriebenen, wie sie von der kurdischen Führung im Irak jahrelang verlangt worden ist, würde, so die türkische Meinung, das demographische Gleichgewicht der Stadt fundamental verändern und durch die Bevölkerungsverschiebung zu weiterer Instabilität führen. Zusammen mit den dort auf bis zu 10 Mio. Barrel vermuteten Reserven an Erdöl, den zweitgrößten im ganzen Irak, würde Kirkuk das wirtschaftliche Überleben des autonomen kurdischen Nordiraks sicherstellen.

Ein derart unabhängiges und finanziell abgesichertes Kurdengebiet ist Ankara jedoch ein Dorn im Auge. Das autonome Kurdistan im Norden des Iraks dient seit den 1980er Jahren, aber verstärkt seit dem Ende des zweiten Golfkrieges (1991), als ein Rückzugs- und Sammlungsgebiet der antitürkischen PKK. Dass es dieser gelang, dort ihre Guerillabasen und Trainingslager zu errichten, von dort aus Operationen gegen die Türkei zu planen und zu lancieren, verstärkte die Befürchtung Ankaras, dass die im Nordirak vorhandene Autonomie eine Art Dominoeffekt auf die kurdischen Separatisten innerhalb der Türkei haben könnte – und somit eine Bedrohung der territorialen Integrität des türkischen Staates mit sich bringen würde.

Dass die Türkei zu den wenigen Ländern zählt, die die Legitimität der am 30. Januar 2005 abgehaltenen irakischen Parlamentswahlen anzweifelte, wurde in Washington, welches sich durch die Wahlen einen legitimatorischen Schub und die Stärkung gemäßiger irakischer Kräfte, mit denen sich letztlich die Machtübergabe durchführen ließe, erhoffte, als äußerst kontraproduktiv angesehen. Tatsächlich mag man den türkischen Protest aber so deuten, dass Ankara einsah, dass es die Entwicklungen im Irak, insbesondere aber im Nordirak, nicht entscheidend beeinflussen kann. Wurden zu Beginn die kurdischen Maximalforderungen bei den Koalitionsgesprächen, wie z. B. eine

stärkere Berücksichtigung der Förderativrechte im Koalitionsvertrag, einen höheren Anteil des Erdölerlöses aus den Einnahmen der Zentralregierung und die Aufnahme der Peschmerga-Milizionäre in die irakischen Streitkräfte, von Ankara aus mit Argusaugen beobachtet, stellte nun die Wahl Jalal Talabanis zum irakischen Präsidenten eine wohl eher positive Entwicklung dar. Mit der von Ankara begrüßten Wahl Talabanis erhofft man sich, unter Einbeziehung hochrangiger kurdischer Politiker in Bagdad, eine weitgehende Integration politischer Interessengruppen in zentralstaatliche Mechanismen herbeizuführen – und somit eine Abkehr von Abspaltungsforderungen zu erreichen. Nicht umsonst unterstrich der türkische Außenminister Abdullah Gül kurz nach der Wahl Talabanis die Bedeutung einer gesamtirakischen nationalen Identität, und der damit verbundenen Aufgabe des kurdischen Präsidenten, durch die Wahrung der staatlichen Einheit diese zu fördern. Im eignen Interesse bietet Ankara hierfür gerne seine Hilfe und Unterstützung an.

### **Politik der kleinen Schritte**

Ankara erwartet, dass die Einsicht in seine im Irak äußerst begrenzte Handlungsfähigkeit und seine letztlich mehr oder minder freiwillige Akzeptanz der dortigen politischen Gegebenheiten in Washington positiv zur Kenntnis genommen werden. Man klopft wieder an der Tür des *Oval Office* und versucht dadurch, jegliche Gerüchte krisengeschüttelter Beziehungen zum Verbündeten am anderen Ende des Atlantiks zu widerlegen. In diesem Sinne gab das türkische Parlament dann auch im Mai dem US-Antrag zur Nutzung des Luftwaffenstützpunktes in Incirlik als logistische Drehscheibe für Operationen im Irak und in Afghanistan statt. Bereits zuvor hatte man einen Vertrag im Wert von 1,1 Mrd. USD zur Aufrüstung von 117 türkischen F-16-Kampfflugzeugen unterzeichnet.

Nichtsdestotrotz verdeutlichte die unterschiedliche Wortwahl der beiden Staatsmänner Erdoğan und Bush bei ihrer gemeinsamen Presseerklärung, dass durchaus noch gewisse Nachwirkungen der letzten Irritationen bestehen, dies vor allem auf amerikanischer Seite. Erdoğan sprach von einer „strategischen Partnerschaft (*strategic partnership*)“ bzw. „strategischen Zusammengehörigkeit (*strategic togetherness*)“. Eine solche basiert jedoch auf

gemeinsamen nationalen Interessen und einer daraus abgeleiteten und abgestimmten Außenpolitik – in etwa vergleichbar mit den Beziehungen zwischen Washington und London. Weder Ersteres noch Letzteres ist zwischen Washington und Ankara derzeit gegeben. Bush hingegen bediente sich des Begriffs der „strategischen Beziehung (*strategic relationship*)“. Dies zeigt deutlich die Distanz, die der US-Verbündete zu Ankara gegenwärtig wahrt. Diese neue Entwicklung verweist weiterhin auf die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei schließlich eine nicht aus gemeinsamen Werten gewachsene Freundschaft darstellt, sondern nicht mehr und nicht weniger ist als eine reine Zweckgemeinschaft. Die Funktion und der Zweck dieser mögen nach den letzten Irritationen in den Hintergrund getreten sein, aber sie sind dennoch weiterhin existent.

Dies wurde erst kürzlich deutlich, als US-Außenministerin Condoleezza Rice kurz nach dem doppelten Scheitern der Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden am 29. Mai bzw. am 1. Juni 2005 in einer ersten Reaktion nochmals besonders hervorhob, dass am EU-Verhandlungsfahrplan mit der Türkei nicht gerüttelt werden dürfe. Für die USA ist die vertragliche Einbindung der Türkei in die EU Teil einer langfristigen außenpolitischen Strategie. Daran haben die letzten Verstimmungen und die noch vorhandenen Nachwirkungen der türkischen Verweigerung im letzten Irakkrieg nichts geändert.

Schlussendlich ist ein beiderseitiges Bemühen um eine Revitalisierung der bilateralen Beziehungen zu beobachten. So war es mehr als nur symbolisch zu verstehen, als die frisch gebackene US-Außenministerin Rice bei ihrer ersten Auslandsvisite auch in Ankara Station machte. Dies hatte ihr Vorgänger, der frühere US-General Colin L. Powell, vier Jahre zuvor nicht getan. Der von einer Gruppe von US-Kongressabgeordneten auf Nordzypern abgestattete Besuch am 31. Mai kann als ein weiteres positives Signal in diese Richtung gedeutet werden. Ein solcher Akt der Aufmerksamkeit wurde sogar von der ansonsten US-feindlichen nationalistischen und konservativen Presse gelobt, zumal nach dem gescheiterten Referendum zur Vereinigung der Insel im April letzten Jahres die Problematik – zumindest in Europa – an Beachtung verloren zu haben scheint.

Diese positiven Anzeichen in Verbindung mit den Bemühungen des türkischen Ministerpräsidenten, wie eine im April gehaltene Ansprache belegt, enge und gute

Beziehungen zu den USA zu unterhalten, lassen den Schluss zu, dass sowohl Washington als auch Ankara um die Bedeutung kooperativer und intakter bilateraler Beziehungen wissen.